

FERROSTAAL

Araber pokern weiter

Im Streit zwischen den Ferrostaal-Aktionären MAN und IPIC spielt der Finanzinvestor aus Abu Dhabi offenbar auf Zeit. Der arabische Fonds besitzt bereits 70 Prozent an dem Essener Industriedienstleister, doch die Gespräche zur Übernahme der restlichen Anteile stocken seit Monaten. Gesprächsangebote an IPIC seien unbeantwortet geblieben, heißt es bei MAN. Streitpunkt ist die Frage, wer die Kosten der Schmiergeldaffäre bei Ferrostaal übernimmt. Insider vermuten, dass IPIC abwarten will, bis MAN selbst von VW geschluckt wird, was bis Ende des Jahres passiert sein könnte. Offenbar hofft man in Abu Dhabi dann auf neue, unbelastete Verhandlungen mit den Wolfsburgern – und ein noch großzügigeres Angebot zur

Beilegung des Zwists. Dabei ist MAN den Arabern weit entgegengekommen. Um die Ferrostaal-Restbeteiligung endlich loszuwerden, waren die Münchner bereit, auf den noch ausstehenden Kaufpreis in Höhe von rund 130 Millionen Euro zu verzichten. Darüber hinaus wollten sie auch die Unternehmensstrafe im Rahmen der Korruptionsaffäre von rund 180 Millionen Euro begleichen sowie Anwaltskosten für die internen Ermittlungen von nochmals rund 80 Millionen Euro. Die Araber hatten darüber hinaus jedoch zusätzlich Millionen für künftige Geschäftsrisiken gefordert. Bei MAN gibt es inzwischen Stimmen, die sich eine komplette Rückabwicklung des Ferrostaal-Verkaufs vorstellen können. „Das würde uns 450 Millionen kosten – und wäre vermutlich billiger als das, was IPIC fordert“, so ein MAN-Manager. Bei IPIC war für eine Stellungnahme niemand zu erreichen.



KLAUS ROSE / DNS FOTOGARCHIV

Wartende Patienten in Arztpraxis

GESUNDHEIT

Bahr setzt sich für Kassenpatienten ein

Niedergelassene Ärzte müssen künftig mit Gehaltseinbußen rechnen, wenn Kassenpatienten zu lange auf einen Termin warten müssen. Das geht aus dem neuesten Entwurf für ein Gesetz zur ärztlichen Versorgung hervor. „Die Vereinbarung von Terminen mit Fachärzten stößt in der Praxis vermehrt auf Schwierigkeiten“, heißt es in der Vorlage aus dem Haus von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP). „Vermeidbare Wartezeiten“ entstünden vor allem dann, wenn Hausärzte ihre Patienten an Fachärzte überwiesen. „Im Einzelfall als Ultima

Ratio“ müsse den Betroffenen deshalb künftig „die ambulante Behandlung im Krankenhaus ermöglicht werden“, schreiben Bahrs Beamte. Die Kosten hierfür will der Minister den zuständigen Kassenärztlichen Vereinigungen in Rechnung stellen, genauso wie eine Pauschale für den „Vermittlungsaufwand“. Das bedeutet, dass die Selbstverwaltung der Ärzte am Ende weniger Geld für die Medizinerhonorare übrig hat. In den vergangenen Monaten hatten die Krankenkassen immer wieder beklagt, dass viele Fachärzte Privatpatienten bevorzugten.